

Juli 2018

roter Käfer



Betriebszeitung der DKP für VW-Braunschweig und Wolfsburg

Inhalt

- Nicht auf unsere Kosten
- Abgas-Affäre
- Fritz und die "Integrität"
- Opel-Kollegen zahlen hohen Preis
- Flucht und Asyl
- Abrüsten!

www.dkp-braunschweig.de

Nicht auf unsere Kosten!

Wie weiter im zweiten Halbjahr? Im letzten Quartal noch erhöhte Programme nach dem Motto „raus hauen, was geht“, natürlich verbunden mit erhöhter Wochenendarbeit für die Beschäftigten - dann im 3. Quartal 4/3-Tagewoche in Wolfsburg. Wie viel Schließtage in Braunschweig?

Nichts genaues weiß man nicht! Von ca. 100.000 Autos weniger wird gemunkelt. Was man weiß, ist der Grund: WLTP! Das neue Prüfverfahren ist Folge des Abgasskandals und vor einem Jahr vom Gesetzgeber beschlossen. Solange hatte auch VW Zeit, sich darauf einzustellen. Mehr Prüfstände, mehr Personal wären angesagt gewesen.

Aber es sollten ja Kosten gespart werden. Die von der Belegschaft und Betriebsrat seit langem kritisierte (weil teure) Variantenvielfalt kommt nun Volkswagen in Sachen Modellfreigabe teuer zu stehen.

Und wieder mal sollen auch die Beschäftigten zahlen. Von einem fairen Kompromiss ist die Rede: Lastenteilung bei dem Ausfall von Schichten! Wir sehen die alleinige Verantwortung beim Unternehmen. Folglich müsste auch das Unternehmen allein zahlen. Das Geld dafür ist bei den Eigentümern von Volkswagen (Porsche/Piëch-Clan und den Scheichs von Katar) zu holen. Sie waren und sind die Nutznießer der auf Betrug basierenden Gewinne.

Übernahme aller Befristeten!

Wie weiter fragen sich auch 72 befristete Beschäftigte in Braunschweig, die seit 5 Jahren einen guten Job für VW machen, größtenteils im Leichtmetallzentrum (LMZ). Der Zukunftspakt sichert zwar der Stammbesellschaft und den Beschäftigten in den Projekten vorerst den Arbeitsplatz, aber nicht den LeiharbeiterInnen und den Befristeten.

Darüber hinaus gilt: der Preis für die Be-



schäftigungssicherung ist der steigende Druck aufs Personal. Viele Kolleginnen und Kollegen können ein Lied davon singen: Unterbesetzung an den Linien, Mehrarbeit im indirekten Bereich. So auch im LMZ: Die Befristeten machen nicht nur einen guten Job, sie werden auch gebraucht. Und am Abgasskandal sind sie nicht Schuld. Dem Vorstand ist das egal.

Steht auf!

In einem beeindruckenden Auftritt auf der Betriebsversammlung in Braunschweig zeigten sie, dass sie um ihre Übernahme kämpfen wollen. Die Belegschaft machte ihre Unterstützung nicht nur mit tosendem Beifall deutlich, sondern erhob sich auf den Appell eines fest-

angestellten LMZ-Kollegen: „Steht auf, wenn ihr die Kolleginnen und Kollegen unterstützen wollt.“ Die Versammlung stand! Selbst Teile des Managements zeigten so zumindest Verständnis und Respekt für die Befristeten!

Für die Betroffenen heißt es: sich zusammensetzen und mit IGM-Vertrauensleuten und Betriebsrat überlegen, was man noch tun kann!

Der Auftrag aus der Versammlung an Werkmanagement und Betriebsrat heißt: Weiterkämpfen in Wolfsburg und Qualifizierungsmaßnahmen für die Transformation sowie Freizeitentnahmen im Rahmen des Tarifvertrages nutzen als Argumente für weiteren Personalbedarf!

Die Autokonzerne und die Abgasaffäre: Vertuschen und Betrügen?

Langsam kann man den Eindruck gewinnen, dass Vertuschen und Betrügen zum Geschäftsmodell der Autokonzerne geworden ist: Die Behörden ermitteln nicht nur bei VW und den Töchtern Audi und Porsche, auch BMW und Daimler haben sie im Visier. Fahrzeuge werden nicht ausgeliefert, die Produktion wird teilweise gestoppt, immer neue Software Updates versprochen. Trauriger Höhepunkt vor gut zwei Wochen: Audi-Konzernboss Rupert Stadler wurde in Untersuchungshaft genommen. Und er ist selber schuld. Der Staatsanwalt wirft ihm vor, versucht zu haben, Zeugen und Mitbeschuldigte zu beeinflussen um so die Ermittlungen zu erschweren: Verdunkelungsgefahr nennt sich das.

Die Vorwürfe gegen Stadler und fast 50 weitere Manager sind längst bekannt. Doch die hochbezahlten Topmanager behaupten immer noch, dass nur untergeordnete Ingenieure ohne ihr Wissen die Autos und die Abgasmessungen manipuliert haben? Entweder sie lügen oder sie sind unfähig, ein solches Unternehmen zu leiten. Aber der Porsche-Piëch-Clan als Hauptaktionär mit über 50 Prozent Stammaktien des VW-Konzerns hält weiter seine schützende Hand über die Herren. Das ist nicht verwunderlich,

schließlich floss ein großer Teil der Dividende aus den Betrügereien auf ihre Konten - etwa 600 Millionen Euro allein für 2017. Wenn nun diese Betrugsdividende mit einem Bußgeldbescheid der Braunschweiger Staatsanwaltschaft in Höhe von einer Milliarde Euro abgeschöpft worden ist, müssen die Piëchs, die Porsches und die Scheichs von Katar zahlen - denn dorthin sind die VW-Milliardenprofite der letzten Jahre geflossen. Die Strafe darf nicht von den Investitionen, die für die soziale und ökologische Transformation nötig sind, abgezogen werden. Wer das für typisch kommunistische Träumerie hält, sollte mal wieder in unser

Grundgesetz gucken. Dort steht in den Artikeln 14 und 15, dass Eigentum auch dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll und zu diesem Zwecke auch vergesellschaftet werden kann. Dient vielleicht die Sicherung zehntausender Arbeitsplätze nicht dem Wohl der Allgemeinheit? Wenn jetzt nicht bei VW und den anderen Autokonzerne umgesteuert wird, kann der Konkurrenzkampf mit Fabrikschließungen und Massenentlassungen enden.

Damit am Ende nicht immer die arbeitenden Menschen bezahlen müssen, sollten wir mal grundsätzlicher über die Demokratisierung dieser Gesellschaft nachdenken.



Aus dem Handelsblatt vom 20.6.:

„Der verhaftete Audi-Chef Rupert Stadler ist offenbar zur Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden bereit. Seine Aussage muss auch der frühere VW-Boss Martin Winterkorn fürchten. Wenn einer weiß, wann der ehemalige Konzern-Chef von den manipulierten Diesel-Motoren erfuhr, dann ist es Rupert Stadler. In der Aufarbeitung des Diesel-Skandals könnte bald das Schlusskapitel geschrieben werden – mit allen Konsequenzen.“



Fritz und die „Integrität“

Neulich in der Pause: „Also dieser Auftritt der Integritätsbotschafter auf der Betriebsversammlung, dieses ganze Gerede von Wertschätzung und Respekt geht mir langsam auf den Geist“

„Du hast Recht, ich habe das Gefühl, die machen das nur wegen diesem Amiaufpasser, dem sogenannten Monitor, der auch nur viel Geld kostet.“

„Wie es im Alltag aussieht, hat doch unser VK-Leiter rübergebracht am Beispiel der Schwerbehinderten. Da gab es immer schon Probleme sie leidensgerecht einzusetzen. Aber durch die Rationalisierung

ist das noch verschärft. Und dass man die einfach in der Krankheit belässt, dass sie nicht nur keine Arbeit haben, sondern auch noch herbe Lohnverluste, das hat mit Wertschätzung gar nichts zu tun!“

„Und mit der Transformation und der Weiterbildung ist es doch genauso problematisch. Muss erst der Betriebsrat dem Unternehmen sagen, wie sich die Menschen fühlen, dass und warum sie Angst haben vor Veränderungen. Würden sie mal selbst mit den Kolleginnen und Kollegen reden, könnte man vieles einfacher regeln.“

Ich meine, natürlich brennen den Beschäftigten marode Waschräume und kaputte Aufladegeräte auf den Nägeln und wenn die Führungskräfte das nicht abstellen, ist der Betriebsrat gefordert.

Ich finde aber auch wichtig zu sagen, warum das so ist. Das hängt eben damit zusammen, dass im Kapitalismus der Profit im Mittelpunkt steht und nicht der

Mensch. Und das gilt auch für Volkswagen. Deswegen reicht es nicht aus, auf „unfähige“ Manager zu schimpfen und deren überhöhten Bezüge anzuprangern. Das mindeste ist, sich mal wieder auf das Grundgesetz und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu besinnen und daraus Forderungen zu entwickeln.

Und das nächste ist dann, auch mal wieder über Alternativen zum Kapitalismus nachzudenken.

Dass der unsere Probleme nicht löst, haben mittlerweile viele durchaus erkannt.

Meint jedenfalls
Euer Fritz

Impressum:

Herausgeber:

DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel

V.i.S.d.P.: Werner Hensel

Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

Zukunftssicherung bei Opel teuer erkauft

Das sind die Kernelemente der Einigung: Begrenzung des Personalabbaus auf 3700 Beschäftigte, Kündigungsschutz für die verbliebenen rund 15.000 Opel-Beschäftigten an den deutschen Standorten bis Sommer 2023 und Investitionen in alle Werke.

Was zahlen die Beschäftigten?

Das im Tarifabschluss der Metall- und Elektroindustrie mit Wirkung ab Januar 2019 vereinbarte tarifliche Zusatzentgelt von rund einem Viertel eines Monatsgehalts plus 12,3 Prozent des monatlichen Facharbeiter-Grundentgelts soll bis 2023 ausgesetzt werden. Zukünftige Tarifierhöhungen ab 2020 werden um ein Jahr verschoben. Außerdem sollen übertarifliche Entgeltbestandteile, die noch als Anpassungen aus den Zeiten der ERA-Einführung existieren und in jeder Entgeltgruppe sehr unterschiedlich ausfallen, auf zukünftige Lohnerhöhungen angerechnet werden können.

Faktisch könnten einige Kollegen so über fünf Jahre ohne Lohnerhöhungen dastehen. Das Geschenk der Belegschaft an Opel beläuft sich jährlich auf ein gutes halbes Monatsgehalt.

Damit ist der Kündigungsschutz teuer erkauft. Aber nach monatelangem Hin und Her, Erpressungen und Horrorszenarien hatten viele wohl Schlimmeres erwartet. Was man noch nicht hat, vermisst man nicht – und so tut die Einigung noch nicht so richtig weh.

Dass Opel damit über Jahre hinweg vom Flächentarifvertrag abweicht und den Verzichtsdruk auf andere Belegschaften

erhöht, kann keinen Gewerkschafter froh stimmen.

(Informationen aus „Der Motor“ Zeitung der DKP für Opel Eisenach)

Aus der Solierklärung der DKP-Betriebsgruppe bei VW Braunschweig und Wolfsburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Opel Eisenach,

egal ob bei Opel, VW, Daimler, BMW, Renault – die Erpressungsversuche der Automobil-Konzernchefs sind immer die gleichen: Die Beschäftigten sollen auf Löhne und soziale Leistungen verzichten, damit Standorte erhalten bleiben. Belegschaften werden gegeneinander ausgespielt – innerhalb eines Konzerns und darüber hinaus: die VW-ler gegen Opelaner, Daimler-Beschäftigte gegen BMW-ler usw. Die Belegschaften sollen sich bei Zugeständnissen überbieten und gleichzeitig noch mehr Leistung bringen.

Der Wettbewerb darum, wer am billigsten arbeitet, kennt auf Seiten der Beschäftigten nur Verlierer – solange wir das zulassen!

Diesem „Teile und herrsche“ setzen wir unsere Solidarität entgegen!

Ein gesamtgesellschaftlicher „Zukunftspakt“ – nicht nur – für alle Automobil Beschäftigten wäre nötig. Aber dafür müsste die Allmacht der Konzerne gebrochen werden.

„Auch der weiteste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.“

In diesem Sinne: Um jeden Arbeitsplatz, um jeden Standort kämpfen!



Schluss mit der Hetze Frieden mit Russland

Fußballweltmeisterschaft ist sicher immer ein Höhepunkt im Fußballgeschehen. Leider treibt die Hetze gegen Russland nicht nur in Presse, Funk und Fernsehen, sondern auch in den sozialen Netzwerken schlimme Blüten.

Dafür steht dieser Post nach dem Spiel gegen Mexiko: „War dann wohl das zweite Mal, dass die Deutschen unvorbereitet nach Russland gehen.“

Dieser „unvorbereitete Gang“, der Überfall vom 22. Juni 1941, kostete 27 Millionen Sowjetbürgern das Leben und jährte sich zum 77. Mal.

Auf dem Ausländerfriedhof in Braunschweig gibt es mehr als 670 Gräber von Zwangsarbeitern überwiegend aus der Sowjetunion.

Daran erinnern auf Initiative der DKP jedes Jahr am 22. Juni friedensbewegte Bürgerinnen und Bürger.

So stand am Ende der kurzen Ansprache folgender Appell: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg ist für uns Aufforderung zum politischen Handeln.

Das sind wir nicht nur den hier begrabenen Opfern des Faschismus schuldig, sondern uns selbst, unseren Kindern und Enkeln.

Konkret heißt das für uns: Widerstand leisten Gegen die Erhöhung des Rüstungsetats auf 2% vom BIP - Abrüsten jetzt!

Gegen die Waffenexporte, die Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt gemacht haben - Rüstungsindustrie umbauen!

Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr – laut Grundgesetz ist die Bundeswehr eine Verteidigungsarmee

Abzug statt Modernisierung der Atomwaffen aus Büchel Deutschland muss den Atomwaffenverbotsantrag der UN unterzeichnen und ratifizieren.

Gegen die Unterstützung des Drohnenkrieges der USA durch die Militärbasis Ramstein - sie gehört geschlossen!



www.kommunisten.de
www.dkp.de
www.dkp-braunschweig.de

Flucht und Asyl

68,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene waren es nach Abgaben des UN-Flüchtlingswerkes (UNHCR) 2017.

3 von 5 Vertriebenen fanden Zuflucht im eigenen Land fern der Konfliktzonen.

Die meisten Flüchtlinge beherbergen die Türkei, Pakistan, Uganda, Libanon und der Iran.

Die Bundesrepublik steht mit 970.400 Geflüchteten an 6. Stelle der Zufluchtsländer.

70% der Geflüchteten stammen aus nur 5 Ländern: Syrien, Afghanistan, Südsudan, Myanmar und Somalia.

(Zahlen vom UNHCR nach Junge Welt v. 20.6.)

Fluchtursachen:

Die USA, andere Staaten der G7- Gruppe sowie die Staaten der EU sind maßgeblich an der Ausplünderung und Destabilisierung ganzer Weltregionen beteiligt. Sie haben Kriege in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen und anderen Ländern geschürt und geführt.

Unternehmen aus den USA und Europa tragen an erster Stelle dazu bei die Küsten Afrikas leerzufischen und durch billige (subventionierte) Exporte die einheimischen Bauern und Kleinproduzenten in den Ruin zu treiben.

Korrumpierte und kriminelle Regime werden

finanziert, mit Waffen versorgt und verteidigt, wenn sie den Interessen des Westens Rechnung tragen.

Das ist der Grund dafür, dass Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung fliehen und junge Männer sich aufmachen um in Europa zu arbeiten und ein besseres Leben zu führen aber auch um Geld nach Hause zu ihren Familien zu schicken.

Wer das nicht will, muss für Einstellung aller Rüstungsexporte, für die Beendigung der Kriege und für eine Entwicklungshilfe eintreten, die den Namen verdient.

Erst wenn das eingeleitet ist, kann man sich glaubwürdig über andere Wege in der Zuwanderung unterhalten. Ansonsten macht man sich mitschuldig an der Ermordung von Flüchtlingen, (in den ersten 6 Monaten ertranken allein 1000 Menschen im Mittelmeer) der Missachtung des Völkerrechts und der Militarisierung der Gesellschaft durch Abschiebezentren, Foltercamps und Grenzanlagen mit Schusswaffengebrauch!

Unsere Solidarität heißt gemeinsam kämpfen für ausreichend gesunde Nahrung, eine bezahlbare Wohnung, eine kostenlose gute Bildung, öffentliche Daseinsvorsorge und ein friedvolles buntes Zusammenleben aller Menschen!



abrüsten statt aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben

Abrüsten ist das Gebot der Stunde

Unter den ErstunterzeichnerInnen sind diese Gewerkschafter:

Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di
Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB

Michael Erhardt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Frankfurt

Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender
Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall

Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG)

Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG-Metall

<https://abruersten.jetzt/>

20. UZ-PRESSEFEST
DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA
CALUM BAIRD
KAI DEGENHARDT
KLAUS DER GEIGER
ERICH SCHAFFNER
JANE ZAHN u.v.m.

Und: KLEZMER, PUNK
LIEDERMACHER, SKA
RUMBA, REGGAE

THEATER
LESUNGEN
KINDERFEST
FLOHMARKT
BÜCHERMARKT
DISKUSSIONEN
AUSSTELLUNGEN
GRAFIKEN VON
DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE
SPEZIALITÄTEN

7. - 9. September 2018
Revierpark Wischlingen Dortmund

Mehr Infos: pressefest.dkp.de

50 JAHRE DKP
50 JAHRE DGB

DKP